



Presseinformation

Nr. 032/2004

Kiel, Freitag, 23. Januar 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik/Eliteförderung

Ekkehard Klug: Begabtenförderung und Spitzenforschung sichern Arbeit und Wohlstand für alle

In der Landtagsdebatte über den FDP-Antrag „Eliteförderung im Bildungswesen“ (Drucksache 15/3160) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Junge Menschen mit besonderen Begabungen zu fördern, ist kein Luxus. Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung fallen nicht vom Himmel. Wenn wir in Deutschland unseren Wohlstand erhalten wollen, brauchen wir beides. Wer sich mit Mittelmaß begnügt, der wird im internationalen Vergleich bald auch nur noch ein mittelmäßiges Wohlstandsniveau erreichen. Begabtenförderung und Spitzenforschung sichern Arbeit und Wohlstand für alle.“

Eine gute Bildungspolitik sorgt deshalb für ein hohes allgemeines Niveau in Schulen und Hochschulen, für die Förderung der Schwächeren, aber eben auch für die Förderung von Hochbegabten und von Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung. Dazu haben wir auch schon wiederholt konkrete Initiativen eingebracht - ohne freilich die Zustimmung der Mehrheit des Landtags zu erhalten. Bei SPD und Grünen gab es dazu viele Jahre hindurch kein Verständnis.

Um so bemerkenswerter erscheint uns der - mögliche – Sinneswandel bei den Sozialdemokraten. Ob die sozialdemokratischen Eliteherren Schröder, Scholz & Müntefering damit tatsächlich mehr als nur einen PR-Gag verbinden, mag allerdings bezweifelt werden. Zunächst war von **einer** Eliteuniversität nach amerikanischem Muster die Rede. Am folgenden Tag sollten dann schon **zehn** solche Spitzenhochschulen aus dem Hut gezaubert werden. Mit 70 bis 100 Millionen Euro. Die Jahresbudgets einzelner amerikanischer Spitzenuiversitäten wie Harvard oder Stanford belaufen sich bekanntlich auf gut 2 Milliarden Euro. Das ist ungefähr das Siebenfache des Haushalts der Universität

Kiel (einschließlich des Zuschusses für Forschung und Lehre am Uniklinikum) im Jahre 2004.

Mit 70 oder 100 Millionen Euro in Deutschland zehn Eliteuniversitäten zu schaffen – das ist etwa so, als wollte man die Haltestelle in Klanxbüll mit Hilfe des Regionalprogramms zum künftigen europäischen Weltraumbahnhof machen.

Die Fragezeichen hinter der sozialdemokratischen Eliteförderungskampagne zum Jahresbeginn 2004 werden noch größer, wenn man die ‚Begleitmusik‘ betrachtet: Die SPD ist weder bereit, den Hochschulen das Recht zur Auswahl ihrer Studenten zu geben noch die Erhebung von Studiengebühren zu ermöglichen. Ohne solche Rahmenbedingungen eine Spitzenuniversität einrichten zu wollen, das ist aber etwa so, als würde man einen Trabbi zum Formel-Eins-Rennen anmelden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, ein sozialdemokratisches Nachwuchstalent namens Christoph Matschie, erklärte laut dpa vom 14. Januar: bei den Etats vieler US-Universitäten spielten Studiengebühren nur eine untergeordnete Rolle. Was Herr Matschie verschweigt: für die amerikanischen Spitzenuniversitäten sind gerade auch die Gebühreneinnahmen ein wesentlicher Finanzierungsbaustein. Die Columbia University nimmt zum Beispiel per anno 490 Millionen Dollar an Studiengebühren ein - wie in der vorletzten Woche in der ZEIT berichtet wurde. Um Missverständnissen entgegenzuwirken: Selbstverständlich gehört zu solchen Eliteuniversitäten ein Stipendiensystem, das talentierten Kindern aus allen sozialen Schichten ein Studium an einer Spitzenhochschule ermöglicht.

Entscheidend ist zudem: Man darf bei diesem Thema nicht erst auf der Ebene der Hochschulen ansetzen. Begabtenförderung ist vor allem auch an den Schulen nötig, und zwar in altersgerechten Formen von den jüngsten bis zu den älteren Schülern. Wir wollen dazu ein Fördernetzwerk aufbauen, das neben dem ‚normalen‘ Unterricht, den alle Schüler besuchen, zusätzliche Unterrichtsangebote für hochbegabte Kinder und Jugendliche bereit hält. Diese Schüler brauchen zusätzliche ‚geistige Nahrung‘, damit ihre Talente nicht verkümmern.

Nicht selten kommt es heute dazu, dass sich begabte Schüler vor lauter Langeweile aus dem Unterricht ‚ausklinken‘. Manche werden sogar verhaltensauffällig und damit zu Problemschülern. Unter den fehlenden Fördermöglichkeiten leiden im übrigen heute besonders jene Schüler, deren Eltern sich zusätzliche private Bildungsangebote oder die Internatskosten für eine HochbegabtenSchule nicht leisten können. Es ist daher auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass alle Schüler - unabhängig vom Einkommen der Eltern - an öffentlichen Schulen in ihren besonderen Begabungen gefördert werden. Älteren Schülerinnen und Schülern muss dabei in Zusammenarbeit mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen die Möglichkeit eröffnet werden, auch bereits in Projekten mit Wissenschaftlern ihre Talente weiter zu entwickeln. Im Rahmen unserer Haushaltsanträge haben wir daher schon im vergangenen Jahr Mittel zum **Aufbau eines Fördernetzwerks für hochbegabte Schüler** bereitstellen wollen. Dies bleibt auch künftig für uns ein wichtiges bildungspolitisches Ziel.

Im Hochschulbereich ist die Mobilisierung von öffentlichem und privatem Stiftungskapital ein geeigneter Weg, um die Spitzenforschung finanziell abzusichern und sie von der jeweiligen aktuellen Haushaltsslage unabhängiger zu machen. Auch Schleswig-Holstein könnte diesen Weg beschreiten, zum Beispiel unter Verwendung von Erlösen aus dem Verkauf des Landesanteils an der HSH-Nordbank. Solche Stiftungen wären auch offen für private Beteiligungen. Als „Center of Excellence“ könnte so zum Beispiel an der Kieler Universität ein **Zentrum für Biowissenschaften** oder an der Lübecker Universität eine **Fakultät für Medizintechnik** geschaffen werden.

Gerade das Beispiel anderer Staaten legt die Schlussfolgerung nahe, dass man nicht nur den bisherigen „deutschen Weg“ weiter ausbauen sollen, der Spitzenforschung tendenziell eher den außeruniversitären Forschungsstätten zuordnet. Die amerikanischen Eliteuniversitäten oder die britischen Vorzeige-Universitäten Oxford und Cambridge demonstrieren den Vorteil, den eine enge Anbindung der Spitzenforschung an die Hochschulen mit sich bringt. In Deutschland ist die gegenläufige Tendenz bislang unübersehbar: Universitäten werden zu sehr als Lehranstalten betrachtet; Forschung dagegen verstärkt außerhalb der Hochschulen angesiedelt. Diese Trennung verhindert, dass die besten Forscher geeigneten wissenschaftlichen Nachwuchs schon während des Studiums an die Forschung heranführen können. Damit wird die Einheit von Forschung und Lehre geschwächt, ein Strukturprinzip, das zu den Erfolgsgrundlagen z.B. der amerikanischen Eliteuniversitäten gehört.

Inwieweit den Universitäten Teilhabe an der Forschung möglich ist, hängt entscheidend von ihrer Ausstattung ab. Ein Blick auf das ‚Förder-Ranking‘ der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist da sehr aufschlussreich. In der Liste der deutschen Universitäten, die zwischen 1999 und 2001 die höchsten DFG-Fördermittel erhalten haben, stehen auf den ersten zehn Plätzen acht süddeutsche - vier baden-württembergische und vier bayerische - Hochschulen, neben der TH Aachen und der Berliner Humboldt-Universität. Schleswig-Holstein ist mit der Universität Kiel erst auf Platz 36 vertreten. Unsere Hochschulen werden im Wettbewerb um Drittmittel nur dann erfolgreicher sein, wenn ihre Grundausstattung ihnen die dazu nötige Voraussetzung verschafft.

Frau Buhlmann, die Bundesforschungsministerin, hat vorgestern eine neue Idee lanciert. Der Bund, sagt sie, solle sich um Spitzenforschung und –lehre kümmern, bei den Ländern bleiben die Feld-Wald-und-Wiesen-Hochschulen. Damit eröffnet die Bundesregierung einmal mehr den Weg in ein System gemischter, geteilter Zuständigkeiten. Aus der Debatte über eine überfällige Föderalismusreform hat die Bundesregierung offenbar nichts gelernt. Es geht ihr in Wirklichkeit nicht um die Sache, sondern um neue Zuständigkeiten. Wie sie die dann wahrnimmt, steht auf einem anderen Blatt. Wer jetzt für zehn Spitzenhochschulen 70 bis 100 Millionen Euro anbietet, aber selber gerade den Haushalt 2004 des Bundesbildungsministeriums um 210 Millionen Euro abgesenkt hat, betreibt nichts anderes als Volksverdummung. Wenn Frau Bulmahn wirklich etwas voranbringen will, könnte sie die Hochschulbauförderung oder die DFG besser ausstatten - oder die Max-Planck-Gesellschaft, die in den kommenden Jahren 12 ihrer Institute schließen muss.“